



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Thomas Huber, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/27991

**Privathaushalte im Rahmen der Energiekrise zügig entlasten: Bund muss endlich Voraussetzungen für den Vollzug des Härtefallfonds für nicht leitungsgebundene Brennstoffe (z. B. Heizöl, Pellets, Hackschnitzel, Flüssiggas) schaffen**

Der Landtag stellt fest, dass private Haushalte, die auf nicht leitungsgebundene Energieträger (z. B. Heizöl, Pellets, Hackschnitzel, Flüssiggas) angewiesen sind, seit geraumer Zeit aufgrund extrem hoher Verbraucherpreise mit erheblichen Kostensteigerungen zu kämpfen haben.

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass seitens der Staatsregierung derzeit bereits mit Hochdruck – trotz weiterhin fehlender Rahmenbedingungen des Bundes – konkrete administrative Umsetzungsschritte im Hinblick auf die vom Bund angekündigten Härtefallhilfen für Privathaushalte, die mit nicht leitungsgebundenen Brennstoffen heizen, vorbereitet werden. Weiterhin unklar ist allerdings, wann die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und allen Ländern unterschrieben sein wird beziehungsweise ab wann entsprechende Bundesmittel zur Auszahlung der Härtefallleistungen zur Verfügung stehen werden.

Um die vorgesehene Entlastung für Privathaushalte, die mit nicht leitungsgebundenen Brennstoffen heizen, schnellstmöglich umsetzen und in die Antragsbearbeitung gehen zu können, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für die Umsetzung durch die Länder zeitnah geschaffen sowie die durch den Vollzug der Entlastungsmaßnahme entstehenden Verwaltungskosten durch Bundesmittel getragen werden.

Die Präsidentin

I.V.

**Markus Rinderspacher**

V. Vizepräsident